
(Name, Vorname)

An die/den
Präsidentin/Präsidenten des
Oberlandesgerichts Düsseldorf

DÜSSELDORF

**über die/den
Präsidentin/Präsidenten
des Landgerichts**

(Anschrift mit PLZ, Telefonnr.
und Email-Adresse)

Juristischer Vorbereitungsdienst

Ausbildung bei einer Wahlstation gemäß §§ 35 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5, 36 JAG NRW

Ich möchte meine viermonatige Ausbildung ab dem

(Datum)

bei einer Stelle, bei der eine sachgerechte Ausbildung gewährleistet ist (Wahlstation) absolvieren.

Als Ausbilder für die Wahlstation benenne ich:

Ausbilderin/Ausbilder (bitte konkrete
Person angeben):

gewünschte Ausbildungsstelle:

(Bezeichnung und Postanschrift)

Telefon:

Die schriftliche Bestätigung der Ausbildungsstelle über deren Ausbildungsbereitschaft ist beigelegt (nicht erforderlich bei Zuweisungen zu Gerichten und Staatsanwaltschaften).

Besondere Erklärungen:

Als Zustellungsbevollmächtigte/n für die Dauer der Ausbildung während der Wahlstation außerhalb des Geltungsbereichs des Deutschen Richtergesetzes benenne ich:

Frau/Herrn (Name, Vorname) _____
(Anschrift) _____

(Telefonnummer) _____

Die Verteilung auf die Orte zur Anfertigung der Aufsichtsarbeiten erfolgt ausschließlich durch den Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes NRW nach dem Ort Ihrer Stammdienststelle. Ortswünsche können nicht berücksichtigt werden.

Dieses Gesuch ist spätestens drei Monate vor dem Beginn Ihrer Wahlstation zweifach bei dem Präsidenten/der Präsidentin Ihrer Stammdienststelle einzureichen. Wird die Wahl nicht rechtzeitig getroffen oder ist die Zuweisung aus einem anderen Grund nicht möglich, bestimmt die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts die weitere Ausbildung (vgl. § 36 Abs. 2 und § 35 Abs. 7 Satz 2 JAG NRW).

Ort, Datum

Unterschrift:

Ausbilderbestätigung

(nicht erforderlich bei Zuweisungen zu Gerichten und Staatsanwaltschaften)

Ich bin bereit, Frau Rechtsreferendarin/Herrn Rechtsreferendar

in der Zeit vom _____ bis _____ im Rahmen ihrer/seiner Wahlstation auszubilden und die praktische Ausbildung sachgerecht zu ergänzen und zu vertiefen (§§ 35 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5, 36 JAG NRW).

Ort, Datum:

Unterschrift:

Selbstverpflichtung bei Zahlung von Zusatzvergütungen:

(zur Vorlage bei der Justizverwaltung)

(Name und Anschrift der Ausbildungsstelle)

Ich bilde / Wir bilden Herrn / Frau Rechtsreferendar(in)

in _____ vom _____ bis _____ aus.
(Bezeichnung der Station)

Das anliegende Merkblatt zur sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare haben wir / habe ich zur Kenntnis genommen.

Vor dem dort erläuterten Hintergrund geben wir / gebe ich (*bei Anwaltssozietät*: im Namen aller Partner der o.g. Anwaltssozietät / *bei Unternehmen*: im Namen des Trägers der o.g. Ausbildungsstelle) verbindlich die nachfolgende Erklärung ab:

Sollten von mir / von uns an die Rechtsreferendarin bzw. den Rechtsreferendar Zusatzvergütungen gewährt werden, werde ich / werden wir diesen Betrag nicht an die mir / uns zugewiesene Person auszahlen. Statt dessen wird dieser Betrag unmittelbar an das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW (LBV) unter Angabe der Zuweisungskennziffer 97, der Personalnummer der zugewiesenen Person bei dem LBV, des Namens der Rechtsreferendarin bzw. des Rechtsreferendars, und des Zeitraums, für welchen dieser Betrag gezahlt wird, überwiesen.

Beispiel für den Verwendungszweck:

97/M63001234567 Mustermann, Manfred 01.01.2017 bis 31.01.2017

Der dienstvorgesetzten Stelle (Präsidentin bzw. Präsident des Landgerichts) der Rechtsreferendarin bzw. des Rechtsreferendars werden wir / werde ich unmittelbar nach Zusage einer Zusatzvergütung die in Aussicht genommene Höhe der Zusatzvergütung mitteilen.

Die Bankverbindung für die Überweisung an das LBV NRW lautet:

Landesbank Hessen –Thüringen Girozentrale
IBAN: DE51 3005 0000 0004 0066 15
BIC: WELADEDXXX

(Ort und Datum)

(Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift des Ausbilders)

|Präsident des

Landgerichts

D u i s b u r g

zu: **XII D** _____.

Angaben zur Feststellung
der Höhe der Zusatzvergütung

1. **Name und Vorname:** _____

2. **Geburtsdatum:** _____

3. **Straße und Wohnort:** _____

4. **Erklärung:**

Für meine Tätigkeit in dem Ausbildungsabschnitt:

Verwaltung

Rechtsanwalt

Wahlstelle

in der Zeit vom _____ bis _____ wird mir eine Vergütung -
nicht - gewährt, und zwar in Höhe von monatlich brutto
_____ €.

Mir wurde im o.g. Zeitraum ein geldwerter Vorteil (Wohnung, Telefon etc.) - nicht -
gewährt, und zwar im Wert von
_____ €.

Die Richtigkeit der obigen Angaben versichere ich dienstlich.

Künftige Änderungen werde ich umgehend anzeigen.

**Das Landesamt für Besoldung und Versorgung wird von mir unmittelbar
unterrichtet.**

_____, _____
(Dienstort) (Datum)

(Unterschrift Rechtsreferendar/in)

| Landesamt für Besoldung und

Versorgung NW

40192 Düsseldorf

zu: **LBV-Personal-Nr. M 63**

Angaben zur Feststellung
der Höhe der Zusatzvergütung

1. **Name und Vorname:** _____

2. **Geburtsdatum:** _____

3. **Straße und Wohnort:** _____

4. **Erklärung:**

Für meine Tätigkeit in dem Ausbildungsabschnitt:

Verwaltung

Rechtsanwalt

Wahlstelle

in der Zeit vom _____ bis _____ wird mir eine Vergütung -
nicht - gewährt, und zwar in Höhe von monatlich brutto
_____ €.

Mir wurde im o.g. Zeitraum ein geldwerter Vorteil (Wohnung, Telefon etc.) - nicht -
gewährt, und zwar im Wert von
_____ €.

Die Richtigkeit der obigen Angaben versichere ich dienstlich.
Künftige Änderungen werde ich umgehend anzeigen.

_____, _____
(Dienstort) (Datum)

(Unterschrift Rechtsreferendar/in)